

Ultimatum Ohne Folgen: Israels Endlose Besatzung und Missachtung des Völkerrechts

Vor einem Jahr, am 18. September 2024, verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine [Resolution](#), in der Israel dazu aufgefordert wurde, seine rechtswidrige Präsenz in dem besetzten palästinensischen Gebiet innerhalb von 12 Monaten zu beenden.

Die von einer überwältigenden [Mehrheit](#) der Staaten verabschiedete Resolution – 124 stimmten dafür und 14 dagegen bei 43 Enthaltungen – bekräftigte die Schlussfolgerungen des am 19. Juli 2024 verkündeten bahnbrechenden [Rechtsgutachtens](#) des IGH. Darin stellte der Gerichtshof fest, dass Israels politische Maßnahmen und Vorgehensweisen in dem besetzten palästinensischen Gebiet sowie die gesamte Besatzung völkerrechtswidrig seien und so schnell wie möglich beendet werden müssten. Die Generalversammlung forderte Israel des Weiteren zur sofortigen Einhaltung seiner völkerrechtlichen Verpflichtungen auf, unter anderem sich aus dem palästinensischen Gebiet zurückzuziehen, seine rechtswidrigen politischen Maßnahmen und Vorgehensweisen wie zum Beispiel die Siedlungspolitik zu beenden, alles seit Beginn der Besatzung unrechtmäßig beschlagnahmtes Eigentum zurückzugeben, allen während der Besatzung vertriebenen Palästinenser:innen die Rückkehr an ihren ursprünglichen Wohnort zu gestatten und Wiedergutmachung zu leisten. Israel solle darüber hinaus den [Anordnungen](#) des IGH zu vorläufigen Maßnahmen in einem separaten, von Südafrika wegen mutmaßlicher Verstöße gegen die Völkermordkonvention in Gaza angestregten [Verfahren](#) Folge leisten.

Diesen Gerichtsverfahren und Resolutionen kommt eine tiefgreifende Bedeutung für die internationale (Rechts-)Ordnung zu. Der IGH ist das [wichtigste Rechtsprechungsorgan](#) der Vereinten Nationen, dessen Entscheidungen in Fragen des Völkerrechts maßgeblich sind, während die

Generalversammlung der Vereinten Nationen die kollektive Stimme der internationalen Gemeinschaft darstellt. Beide Organe haben Israels fortdauernde Besetzung des palästinensischen Gebiets als Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes sowie das Verbot der gewaltsamen Aneignung von Gebieten eingestuft, eine Gefahr für die durch die Völkermordkonvention geschützten Rechte des palästinensischen Volkes festgestellt und konkrete Forderungen an Israel gestellt, um sein völkerrechtswidriges Verhalten zu beenden.

Die Realität in dem besetzten palästinensischen Gebiet

Israel hat die vom IGH aufgestellten und von der UN-Generalkonferenz bekräftigten völkerrechtlichen Forderungen offen missachtet. Anstatt ihnen nachzukommen, hat Israel die systematische Vertreibung und Enteignung der Palästinenser:innen nur noch weiter vorangetrieben, die Besetzung verfestigt und somit die noch bestehenden Aussichten auf die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes weiter untergraben.

Im Westjordanland – einschließlich Ostjerusalem – hat Israel seine Kontrolle und Unterdrückung der Palästinenser:innen bestärkt.

Nach Angaben des Büros der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten ([OCHA](#)) haben israelische Streitkräfte in dem Zeitraum vom 1. Januar bis zum 15. September 2025 180 Palästinenser:innen im Westjordanland – einschließlich Ostjerusalem – getötet und 2.341 weitere verletzt, wobei sie unter Verstoß gegen die [geltenden Rechtsvorschriften](#) übermäßige Gewalt angewendet haben. Eine [andauernde](#) Operation des israelischen Militärs im Norden des Westjordanlands hat zur [Räumung](#) von Flüchtlingslagern sowie zur [Zerstörung](#) ganzer Wohnblocks geführt.

Des Weiteren haben israelische Behörden die illegale Siedlungspolitik durch die Genehmigung mehrerer [neuer](#) Siedlungsprojekte vorangetrieben. So werden etwa die Bauvorhaben gemäß dem sogenannten „[E1-Plan](#)“ zu einer weiteren Fragmentierung des Westjordanlands, zur Vertreibung der in diesem

Gebiet lebenden Palästinenser:innen und zu einer zusätzlichen Einschränkung der [Bewegungsfreiheit](#) im Westjordanland führen. Israelische Behörden beschlagnahmen und zerstören weiterhin palästinensisches Eigentum, um den Ausbau der Siedlungen zu beschleunigen.

Die [Gewalt radikaler Siedler](#) gegen Palästinenser:innen, deren Wohnhäuser und Lebensgrundlagen hat ein [beispielloses Ausmaß](#) erreicht, wobei dokumentierte Angriffe unter dem [Schutz](#) der israelischen Streitkräfte verübt wurden. In den allermeisten Fällen haben die israelischen Behörden keinerlei [Anstrengungen](#) unternommen, um die mutmaßlichen Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Diese widrigen Bedingungen stellen ein „[coercive environment](#)“ dar, das zur gewaltsamen Vertreibung von Palästinenser:innen führt – ein schwerwiegender [Verstoß](#) gegen die Genfer Konventionen.

Anfang diesen Monats legte Bezalel Smotrich, Israels ultranationalistischer Finanzminister und Minister im Verteidigungsministerium, einen Vorschlag zur formellen [Annektierung](#) großer Teile des Westjordanlands vor.

Im Gazastreifen hat Israel [Lebensbedingungen](#) geschaffen, die das Überleben der palästinensischen Bevölkerung bedrohen.

Innerhalb von fast zwei Jahren Kriegshandlungen wurden laut [Angaben](#) des Gesundheitsministeriums in Gaza mehr als 64.000 Menschen getötet und über 163.000 weitere verletzt ([andere Quellen](#) schätzen die tatsächliche Zahl der Opfer jedoch deutlich höher ein). Ein Großteil des bebauten Gebiets liegt in Trümmern; Wohngebäude, [Krankenhäuser](#), [Schulen](#), das [Straßennetzwerk](#) und andere [wichtige](#) Einrichtungen der zivilen Infrastruktur wurden zerstört; und ganze Stadtviertel, Dörfer und Städte dem Erdboden [gleichgemacht](#). Israel hat wiederholt die Einfuhr von Hilfs- und Handelsgütern unter Verstoß gegen seine Verpflichtungen gemäß dem [humanitären Völkerrecht](#) sowie den [Anordnungen](#) des IGH blockiert und damit der Zivilbevölkerung

lebenswichtige Güter und Dienstleistungen vorenthalten. Im gesamten Gazastreifen herrscht schwere Versorgungsunsicherheit, hunderte Menschen sind [Berichten](#) zufolge bereits [verhungert](#) und vielen anderen droht der Hungertod; im Gouvernement Gaza wurde eine Hungersnot [ausgerufen](#). Zwischen dem 27. Mai und dem 9. September 2025 wurden mindestens 2.256 Hilfesuchende in Gaza [getötet](#) – viele davon [Berichten](#) zufolge vom israelischen Militär.

Unter diesen katastrophalen Bedingungen sind etwa [90% der Bevölkerung](#) oft mehrmals vertrieben und unter ständigem Bombardement in immer kleinere Gebiete gedrängt worden. Nach [Angaben](#) der OCHA befanden sich am 17. September 2025 82% des Gazastreifens entweder in einer militarisierten Zone oder unterlagen [Anweisungen](#) des israelischen Militärs, gemäß derer Zivilist:innen das Gebiet verlassen müssen, sodass für die Zivilbevölkerung kein sicherer Zufluchtsort mehr bleibt. Zuletzt [ordnete](#) das israelische Militär in einem weiteren Fall von [unrechtmäßiger Massenvertreibung](#) an, dass sich die Hunderttausende, die sich noch in Gaza-Stadt aufhalten, in den Süden begeben sollen.

Die israelische Regierung hat außerdem [mehrfach ihre Absicht](#) bekundet, Palästinenser:innen aus Gaza deportieren zu wollen, was eine ethnische Säuberung darstellen und den Weg für eine [Annektierung](#) des Gazastreifens sowie die Wiedererrichtung israelischer [Siedlungen](#) ebnen würde.

Aufruf an Drittstaaten

Angesichts der der Staatengemeinschaft obliegenden Verantwortung, die Einhaltung des Völkerrechts durchzusetzen, [forderte](#) die Generalversammlung alle Staaten auf, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um gegen Israels andauernde Besatzung des palästinensischen Gebiets vorzugehen. Im Einklang mit dem Gutachten des IGH forderte die Generalversammlung die Staatengemeinschaft nachdrücklich auf, die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes

voranzutreiben, die Präsenz Israels in dem besetzten palästinensischen Gebiet nicht als rechtmäßig anzuerkennen, sicherzustellen, dass sie keinerlei Hilfe oder Unterstützung zur Aufrechterhaltung der durch die Besetzung geschaffenen Situation leisten, und die Einhaltung des humanitären Völkerrechts durchzusetzen.

Einige Staaten haben vielversprechende – wenn auch unzureichende – Maßnahmen ergriffen. Genannt seien etwa das Verbot oder die [Aussetzung](#) von Waffenlieferungen an Israel, [Vorbereitungen](#) für ein [Handelsverbot](#) mit völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen, die [Veräußerung](#) von Beteiligungen an Unternehmen, die mit dem rechtswidrigen Verhalten Israels in dem besetzten palästinensischen Gebiet in Verbindung stehen, die [Verhängung](#) von Sanktionen gegen hochrangige Regierungsvertreter:innen, einschließlich Reiseverboten und dem Einfrieren von Vermögenswerten, sowie die [Schließung](#) von Häfen und Lufträumen für israelische Schiffe und Flugzeuge, die Treibstoff oder Verteidigungsgüter transportieren. Viele weitere Staaten sind jedoch ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen, weil sie entweder keine wirksamen Maßnahmen ergriffen oder Rechtsverstöße aktiv begünstigt und Rechenschaftsmechanismen behindert haben, unter anderem durch die Verhängung von [Sanktionen](#) gegen den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) und [Organisationen](#), die dessen [Ermittlungen](#) zur Lage in Palästina unterstützen. Das International Humanitarian Law Centre möchte hervorheben, dass die Ankündigung einiger Staaten, verspätet einen palästinensischen Staat [anerkennen](#) zu wollen, keinen Ersatz für konkrete Maßnahmen darstellen kann, die von ihnen zur Einhaltung des Völkerrechts in dem besetzten palästinensischen Gebiet verlangt werden. Wenn Israel weiterhin ungestraft den Gazastreifen zerstören und seine Übernahme des Westjordanlands ausweiten kann, wird die formelle Anerkennung Palästinas nur ein schwacher Trost für die Palästinenser:innen sein, deren Recht auf Selbstbestimmung ausgehöhlt wird.

Im September letzten Jahres verurteilte die überwältigende [Mehrheit](#) der UN-Mitgliedstaaten „nachdrücklich die anhaltende und völlige Missachtung und Verletzung völkerrechtlicher Verpflichtungen von Seiten der israelischen Regierung“, die „den regionalen und internationalen Frieden sowie die Sicherheit ernsthaft gefährden“. Diese Verstöße gegen das Völkerrecht sowie Israels Missachtung der expliziten Forderungen der UN-Generalversammlung stellen einen Affront gegen die internationale Gemeinschaft dar und untergraben die Autorität des Völkerrechts. Sie lassen die Frage Palästinas ungelöst – und sähen Zweifel an der Zukunft der regelbasierten Weltordnung.